

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Alfred Dagenbach REP**

**und**

**Antwort**

**des Innenministeriums**

**Abschiebepaxis in Baden-Württemberg**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung,

welche Stellungnahme sie zur Darstellung des COMITES (Komitee der Italiener im Ausland) vom 19. September 2000 über die Abschiebepaxis einer italienischen Familie abgibt, insbesondere

1. ob die darin gemachten Angaben zutreffen oder nicht;
2. aus welchem Grund diese Maßnahmen, falls zutreffend, erfolgt sind;
3. welche Voraussetzungen zur Abschiebung von EU-Bürgern gegeben sein müssen;
4. ob im konkreten Fall gesetzliche Vorschriften und Verordnungen sowie internationales Recht eingehalten oder verletzt wurde.

13. 10. 2000

Dagenbach REP

Begründung

Ergibt sich aus anliegender Kopie.

**Bruno Zoratto** Urbanstraße 62-A  
**Membro COMITES** Postfach 10 55 61  
D-70048 Stuttgart

**Tel. 0711 - 29 71 17 • Fax 0711 - 222 07 18**

Sito in Internet: <http://www.oltreconfine.de>  
Indirizzo E-mail: [info@oltreconfine.de](mailto:info@oltreconfine.de)

COMITES - Lenzhalde 69a - 7000 Stuttgart I

Alfred Dagenbach  
MdL  
Großgartacher Str. 220  
74080 Heilbronn



Comitato degli Italiani all'Estero  
Circoscrizione Consolare di Stoccarda

Komitee der Italiener im Ausland  
Konsularbezirk Stuttgart

Membro del COMITES di Stoccarda

STOCCARDA, 19.9.2000

Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter,

als gewählter Vertreter der italienischen Kolonie im Stuttgarter Konsularbezirk und als Mitglied des CGIE, Consiglio Generale degli Italiani all'Estero, (Allgemeiner Rat der Auslandsitaliener), dessen Vorsitzender der Abgeordnete Lamberto Dini, Außenminister, ist, als Sprachrohr der Empörung der italienischen Kolonie in Baden-Württemberg möchte ich das schwerwiegende Verhalten der örtlichen Behörden zur Kenntnis bringen, die einer Praxis folgen, die in klarem Gegensatz zu den EU-Normen hinsichtlich der "leichtfertigen Ausweisungen" und "verweigte Aufenthaltsgenehmigungen" bezüglich der hier ansässigen Italiener, steht. Diese Praxis brachte der BRD ein Verfahren wegen Verletzung von EU-Normen durch die Europäische Kommission in Brüssel ein.

Um die gravierende Situation zu erkennen, genügt es, dass Sie ein erneutes Exposé lesen (dessen Fotokopie des Originals und vollständige Übersetzung ich beilege), das von einem unserer Landsleute in Baden-Württemberg geschrieben und unserem Konsulat zugestellt wurde: Ist es zumutbar, dass ein arbeitsloser EU-Bürger wie ein Schwerverbrecher behandelt wird, so dass sovielen Polizeibeamte eingesetzt werden und die Kinder gezwungen werden, sich ausziehen, um dann die ganze Familie auszuweisen, nur weil sie keine Arbeit gefunden hat?

Schwerste Anklagen, die besorgniserregend sind und die vermuten lassen, dass innerhalb des Staatsapparats eine bürokratische, schleichende Ausländerfeindlichkeit besteht, die sich hinter Paragraphen versteckt und die seit immer bestehenden guten Beziehungen zwischen den beiden Gründungsländern der EU wie Italien und Deutschland unterminieren.

Hiermit bitte ich um Ihr Eingreifen, damit die Normalität wieder hergestellt wird unter absoluter Beachtung der Gesetze und der allerheiligsten Rechte, die von den EU-Vorschriften vorgegeben sind, die manche zu ignorieren vorgeben und dadurch jene „soziale Gerechtigkeit“ mit Füßen treten, die den entwickelten Westen von der Dritten Welt unterscheiden sollte.

In der Erwartung Ihrer entsprechenden Schritte, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Bruno Zoratto

**Dies ist der wörtliche Text eines Exposés, das ein italienisches Konsulat in Baden-Württemberg erreicht hat, welches ein unkorrektes und schändliches Verhalten anprangert, das eine Familie italienischer Arbeitsloser erleiden musste.**

«Im Juli 1999 sind ich mit meiner Familie, bestehend aus mir, meiner Frau und 4 Kinder im Alter von... nach Deutschland gekommen. Ich wurde von einer Firma aus ... eingestellt. Nach kurzer Zeit verlor ich wegen eines Arbeitsunfalls diesen Arbeitsplatz. Wir kamen durch, indem wir einige Stunden bei der Reinigungsfirma ... arbeiteten.

Im März erhalte ich einen Brief des Landratsamts von ..., worin steht, dass die Aufenthaltserlaubnis (die im Mai 2000 ablaufen sollte) nicht mehr gültig wäre und dass ich am 15. April Deutschland verlassen müsste, weil wir keine ordnungsgemäße Arbeit hätten.

Ich ging zu der Caritas in ..., zu Frau ..., die sich mit Herrn ... vom Landratsamt in Verbindung setzte, der ihr mitteilte, dass wir in Deutschland hätten bleiben können, wenn wir eine ordnungsgemäße vierstündige Arbeit gehabt hätten.

Nach 2 Tagen bitte ich erneut Frau ... Herrn ... anzurufen um ihm zu sagen, dass wir die ordnungsgemäße Arbeit von 4 Stunden hätten. Herr ... antwortete ihr per Telefon, dass er uns das Blatt schicken würde, mit dem wir in Deutschland hätten bleiben können.

Am ... um 5 Uhr morgens kommt die Polizei mit dem Gefangenenauto und 3 Polizeiwagen. Sie sagen, sie müssen uns aus Deutschland rausschmeissen, ohne uns ein bißchen Zeit zu geben, um den Schnuller für das Kind mitzunehmen und ohne Mitgefühl für meine Frau, die im vierten Monat schwanger ist oder für mein neunmonatiges Kind. Sie haben uns in den Gefangenewagen einsteigen lassen, und wir wurden nach Stuttgart gebracht.

Am Flughafen angekommen, immer in Begleitung der Polizei, wurden wir wieder in ein Zimmer geworfen, immer unter Polizeibewachung, als ob wir Räuber oder Drogendealer gewesen wären.

**Einzelnen wurden wir hineingerufen, ausgezogen und durchsucht, sogar dem neunmonatigen Kind haben sie die Windeln aufgemacht und haben es kontrolliert.**

Dann haben sie uns in das Flugzeug geladen und unsere Pässe der Hostess gegeben.

In Mailand haben uns der italienischen Polizei übergeben und haben sich nicht einmal darum gekümmert, ob wir Geld hätten, um den Zug nach Sizilien zu nehmen. Meine Geschwister mussten mir die Kleider nach Mailand bringen, den Schnuller und die Milch, weil wir nichts hatten.

Sie haben eine Familie mit 4 Kindern, einer im vierten Monat schwangeren Ehefrau rausgeworfen wie Abfallsäcke.

Unterschrift: ...

Während wir in Italien waren, ist der Vermieter in meine Wohnung eingedrungen und hat alle Haushaltsgeräte, Stereoanlage, Fernseher, Nähmaschine, alle Möbel und alle intimste Wäsche herausgenommen, und wir standen vor dem Nichts.»

## Antwort

Mit Schreiben vom 6. November 2000 Nr. 4-13-Ita/0 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

## Zu 1., 2. und 4.:

Auf Grund der derzeitigen Erkenntnisse des Innenministeriums können die Angaben in der Darstellung des COMITES vom 19. September 2000 über die Abschiebung einer sechsköpfigen italienischen Familie nicht bestätigt werden. Die Darstellung konnte keinem bekannten Abschiebungsvorgang zugeordnet werden. Nach den Angaben in der deutschen Übersetzung des dem Schreiben vom 19. September 2000 beiliegenden Exposés könnte die Abschiebung nur im Jahr 2000 erfolgt sein („Im März erhielt ich einen Brief des Landratsamtes von..., worin steht, dass die Aufenthaltserlaubnis (die im Mai 2000 ablaufen sollte) nicht mehr gültig wäre und dass ich am 15. April Deutschland verlassen müsste,...“). Nach den Erkenntnissen des Innenministeriums, die auf einer Umfrage bei den vier für die Durchführung von Abschiebungen zuständigen Regierungspräsidien in Baden-Württemberg und beim Bundesgrenzschutzamt Stuttgart beruhen, ist im bisherigen Verlauf des Jahres 2000 keine sechsköpfige italienische Familie aus Baden-Württemberg nach Italien abgeschoben worden. Das Innenministerium hat daher den Verfasser des Schreibens vom 19. September 2000, Herrn Bruno Zoratto, gebeten, die für eine genaue Überprüfung des geschilderten Vorfalles erforderlichen Angaben, insbesondere die Namen der Betroffenen, nachzureichen. Bislang ist Herr Zoratto dieser Bitte nicht nachgekommen.

## Zu 3.:

Zur Abschiebung von EU-Bürgern müssen die Voraussetzungen der Richtlinie Nr. 64/221 des Rates der EWG vom 25. Februar 1964, die durch § 12 Aufenthaltsgesetz/EWG in nationales Recht umgesetzt wurde, und – so weit § 12 Aufenthaltsgesetz/EWG keine abweichenden Vorschriften enthält – die Voraussetzungen des Ausländergesetzes gegeben sein.

## In Vertretung

Eckert

Ministerialdirektor